

Yvonne Feri
Ihre Stimme für Kinder
und Gesundheit



Nationalrat

Conseil national

Consiglio nazionale

Cussegl naziunal



Bern, 16. Juni 2023

Bericht aus der Session – Nummer 47
Rückblick auf die Sommersession

Geschätzte Damen und Herren,
Liebe Kolleginnen und Kollegen

Meine zweitletzte Session ging soeben zu Ende und ich nehme dies zum Anlass, auf meine Vorstösse-Tätigkeit während der letzten drei Legislaturen zurückzublicken. Meinen ersten Vorstoss überhaupt reichte ich in Form einer Interpellation während der Frühlingssession 2012 zum Thema «[Einsatz von Zivildienstleistenden im Schulbereich](#)» ein. Einen ersten konkreten Auftrag erteilte ich dem Bundesrat wenig später mit meinem Postulat [Screening zu innerfamiliärer Gewalt bei Kindern](#). Und siehe da, dieses erste Postulat wurde angenommen! Mit Kinderschutz und häuslicher Gewalt fokussierte ich in diesem Vorstoss auf zwei Themen, für die ich mich während meiner gesamten Zeit im Nationalrat stark machte und zu denen ich viele weitere Vorstösse lancierte.

In den zwölf Jahren im Bundeshaus griff ich in insgesamt 186 parlamentarischen Vorstössen unterschiedliche Anliegen auf, wobei ich den Schwerpunkt auf häusliche Gewalt, Kinderschutz, Gleichstellung, Armut und Soziale Sicherheit legte. Es ist nicht einfach, den Bundesrat und das Parlament für diese Anliegen zu gewinnen. Damit ein Vorstoss eine Mehrheit findet, muss die Zeit für dessen Inhalte reif sein und die Argumente müssen überzeugen. Bei gewissen Themen braucht es mehrere Anläufe, um im Parlament eine Veränderung anstossen zu können. So wurden beispielsweise meine Vorstösse zu [gewaltfreier Erziehung](#) und einer [Armutsoberwachung](#) im Nationalrat abgelehnt. Doch halfen sie, eine politische Debatte anzustossen, die viel später in einer gesetzlichen Verankerung der [gewaltfreien Erziehung](#) und in einem [Armutsmessung](#) mündeten. Bis zum Erfolg brauchte es bei diesen Themen einfach etwas mehr Zeit. Einige meiner Vorstösse lösten ein grosses Echo in der Fachwelt und/ oder den Medien aus. Sehr viele positive Reaktionen von Fachpersonen erhielt ich beispielsweise zu meinem Vorstoss [Kurz-sichtigkeit bei Kindern](#). Und auch die Medien nahmen das Thema auf, vgl. beispielsweise [den Artikel in der Zeitung 20Minuten](#). Im Parlament wurde dieses Postulat dennoch mit 80 zu 108 Stimmen abgelehnt. War die Zeit einfach noch nicht reif für eine Mehrheit im Bundeshaus?



Für mich persönlich ist die Annahme meines [Postulats](#) zur Bekämpfung von Stalking einer meiner wichtigsten Erfolge. Mit diesem Vorstoss konnte ich vieles ins Rollen bringen: Es entstand ein umfassender [Forschungsbericht](#), im Rahmen einer [nationalen Konferenz](#) setzten sich im Jahr 2017 Fachpersonen aus verschiedenen Bereichen und Landesteilen mit der Thematik auseinander und die öffentliche Debatte zu Stalking wird bis heute geführt, vgl. beispielsweise [Artikel in der Aargauer Zeitung von diesem Frühling](#).

Meine Vorstösse entstanden immer im engen Dialog mit Fachpersonen und Betroffenen, denn der Praxisbezug war für mich stets von grosser Bedeutung. Erste Einschätzungen des Bundesrats zu einem Ansinnen holte ich häufig mittels Anfragen und Interpellationen ab. Die zahlreichen Gespräche mit verschiedensten Menschen schätzte bei meiner politischen Arbeit sehr und ich bin froh, dass politische Diskussionen auch zukünftig zu meinem Leben gehören werden, in Vorständen, Stiftungsräten und in meiner Firma www.feri-mit-wirkung.ch.

Ich wünsche Ihnen allen einen wunderbaren und erholsamen Sommer.

Herzlichst Ihre

Yvonne Feri
Nationalrätin SP/AG
Präsidentin Stiftung Kinderschutz Schweiz
Präsidentin ProRaris (Dachverband für seltene Krankheiten)



16.06.2023
Aus dem Nationalrat
Bericht aus der Session
Nummer 47
Rückblick auf die
Sommersession...

Credit Suisse: Eine Parlamentarische Untersuchungskommission (PUK) zur umfassenden Aufarbeitung der Notübernahme der Grossbank Credit Suisse (CS) durch ihre Konkurrentin UBS ist beschlossene Sache. Beide Kammern sprachen sich mit einer grossen Mehrheit für eine PUK aus. Die PUK, die von Isabelle Cahssot geleitet wird und aus je sieben Mitgliedern des Nationalrats und des Ständerates bestehen wird, soll die Geschehnisse rund um die Zwangsfusion der CS mit der UBS umfassend untersuchen und Vorschläge für Massnahmen zur Behebung von Mängeln unterbreiten. Eine PUK ist das stärkste Instrument der parlamentarischen Oberaufsicht. Sie hat die gleichen Rechte wie die Geschäftsprüfungsdelegation und die Finanzdelegation. Entsprechend kann eine PUK insbesondere Personen als Zeugen befragen und die Protokolle und Unterlagen der Bundesratssitzungen einsehen. Der Bundesrat befürwortet eine PUK zur Notübernahme der Credit Suisse (CS) durch die UBS.

Kommentar: *Um Lehren aus der Situation zu ziehen, ist die PUK bestimmt ein geeignetes Mittel. Doch persönlich bin ich davon überzeugt, dass wir auch mit bisherigen Kommissionen (oder Arbeitsgruppen daraus wie bspw. bei der Hochseeschiffahrt) genügend tief hätten untersuchen können. Ich habe an der Abstimmung nicht teilgenommen. Bewusst. Das erste und letzte Mal in meiner Zeit als Mitglied des Rates. Die PUK kann nur Empfehlungen aussprechen, Strafverfahren würde das Gericht durchziehen und die Legislativkommissionen kümmern sich im Nachgang dann um die Gesetzgebung. Als politisches Mittel ist eine PUK sicher richtig. Sie ist aber auch mit vielen Kosten verbunden. Budgetiert wurden 5 Millionen. Ob diese reichen, wird sich zeigen.*

Autobahnen: Im Kampf gegen die vielen Staus auf Schweizer Autobahnen ist der Nationalrat bereit, viel Geld auszugeben. Er hat beschlossen, für Ausbauprojekte nicht wie vom Bundesrat beantragt 4,4 Milliarden bereitzustellen, sondern 5,3, vgl. [Geschäft des Bundesrats 23.032](#). Nun muss der Ständerat wieder über das Geschäft beraten.

Kommentar: *Mehr Strassen führen zu mehr Verkehr. Das ist nicht zeitgemäss, denn der Klimawandel verlangt eine konsequente Politik der Umlagerung auf die Schiene.*

Gendersprache: Die Eidgenössischen Technischen Hochschulen (ETH) sollen eine gendergerechte Sprache einführen können, wenn sie dies wollen. Der Nationalrat lehnt es ab, ein Gesetz für ein Verbot zu erarbeiten, wie es eine [parlamentarische Initiative](#). Die Befürworter eines Verbots argumentierten, dass sich die Technischen Hochschulen und die Forschungsanstalten des Bundes auf die Forschung und Bildung und nicht auf gesellschaftliche Entwicklungen zu konzentrieren hätten. Sprachdebatten seien aber immer auch politische Debatten, bei denen es um kulturelle Dominanz und Macht gehe. Die Lehre müsse unpolitisch bleiben.



Kommentar: Der Kampf gegen die gendergerechte Sprache ist für die SVP ein gutes Thema für die Wahlen. Das Parlament hat sich vernünftigerweise gegen eine Einmischung in die Kommunikationsform der ETH ausgesprochen.

Nein heisst nein: Die Reform des Sexualstrafrechts ist unter Dach und Fach. National- und Ständerat haben sich nun darauf geeinigt, den Schockzustand von Opfern in den Vergewaltigungstatbestand einzuschliessen. Es bleibt nun beim "Nein heisst Nein" im Sexualstrafrecht. Doch im Zusammenhang mit dem Widerspruch gegen sexualisierte Gewalt wird ein Schockzustand des Opfers - sogenanntes Freezing - ausdrücklich erwähnt. Damit anerkennen die Räte, dass Opfer von sexualisierter Gewalt zuweilen ihre Ablehnung nicht zum Ausdruck bringen können, wenn sie sich in einer Art Schockzustand befinden. Gerichte sollen dies künftig ebenfalls als Ablehnung deuten

können. Der Nationalrat übernahm mit dem Kompromiss auch die Ergänzung des Ständerats, wonach Täterinnen und Täter zu Präventions- und Lernprogrammen verpflichtet werden können.

Kommentar: Schade, fand das Modell «Nur Ja heisst Ja» keine Mehrheit und schade, setzte sich die Kann-Formulierung bei den Präventions- und Lernprogrammen durch. Doch immerhin sind wir nun etwas weitergekommen.

Einmal im Leben zur rechten Zeit sollte man an Unmögliches geglaubt haben.

Christa Wolf

Lex Ukraine: Der Nationalrat will keine "Lex Ukraine". Er hat der [parlamentarischen Initiative](#) nicht Folge gegeben, die Drittstaaten die Weitergabe von Waffen aus Schweizer Produktion an das Land erlaubt hätte. Nicht beendet ist damit aber die Diskussion um grundsätzliche Änderungen des Kriegsmaterialgesetzes.

Das Thema der Wiederausfuhr von Waffen aus Schweizer Produktion nahm der ukrainische Präsident in seiner in den Nationalrat live übertragenen Ansprache auf. Er wisse um die Diskussionen um die Wiederausfuhr von Waffen, sagte er. Gegen die russische Aggression könne man nur gemeinsam antreten. Im Kampf gegen den Aggressor brauche es den maximalen Zusammenhalt aller, die die Werte von Freiheit und Rechtsstaatlichkeit teilen.

Kommentar: Wie ich im [Sessionsbericht zur Frühlingssession 2023](#) dargelegt habe, finde ich die Weitergabe von Kriegsmaterial schwierig. Die Schweiz sollte den Fokus auf eine grosszügige und effektive humanitäre Hilfe legen.

Renteninitiative: Der Nationalrat empfiehlt ein Nein zur Renteninitiative der Jungfreisinnigen, und er will auch keinen Gegenvorschlag, vgl. [Geschäft 22.054](#). Mit ihrer [Volksinitiative](#) "Für eine sichere und nachhaltige Altersvorsorge" wollen die Jungfreisinnigen das Rentenalter an die Lebenserwartung koppeln. Bei einer Annahme durch Volk und Stände würde das Rentenalter in einem ersten Schritt für beide Geschlechter auf 66 Jahre erhöht. Danach soll es pro Monat zusätzlicher Lebenserwartung um 0,8 Monate steigen. In der Schlussabstimmung sprachen sich beide Räte dafür aus, die Ablehnung dieses Volksbegehrens zu empfehlen.

Kommentar: Kaum hat sich das Volk für eine Erhöhung des Frauenrentenalters ausgesprochen, werden nächste Erhöhungsschritte geplant. Eine solche Erhöhung würde die Menschen treffen, die sich eine Frühpensionierung nicht leisten können und die häufig in Berufen mit starken körperlichen Belastungen arbeiten. Die Initiative ist absolut unsozial.

Schweizer Staatsbürgerschaft: Der Nationalrat will die Hürden zur Schweizer Staatsbürgerschaft nicht senken. Ausländerinnen und Ausländer sollen weiterhin zehn Jahre in der Schweiz leben müssen, bevor sie einen Schweizer Pass beantragen können. Weiter sollen die teilweise hohen Mindestaufenthaltsdauern in Gemeinden nicht auf ein bis drei Jahre reduziert werden. Zudem



soll es weiterhin möglich sein, dass die Stimmberechtigten einer Gemeindeversammlung über ein Einbürgerungsgesuch entscheiden. Schliesslich sollen auch die Einbürgerungshürden für Kinder von Ausländerinnen und Ausländern nicht gesenkt werden, wie die grosse Kammer mit 105 zu 85 Stimmen bei einer Enthaltung entschied. Auch langjährige Schülerinnen und Schüler müssen damit weiterhin einen Einbürgerungstest absolvieren.

Kommentar: *Ich verstehe nicht, wieso wir an unseren enorm strengen Einbürgerungsregeln festhalten. Das passt einfach nicht mehr zu einer modernen Welt und Gesellschaft, mit der hohen Mobilität und vielen Paaren, welche aus unterschiedlichen Nationalitäten zusammengesetzt sind.*

E-Zigaretten: Konsumentinnen und Konsumenten von E-Zigaretten müssen beim Kauf der Produkte künftig Tabaksteuer zahlen. Nach dem Ständerat hat auch der Nationalrat eine entsprechende Gesetzesänderung angenommen. Der Bundesrat rechnet durch die neue Steuer mit jährlichen Mehreinnahmen von rund 13,8 Millionen Franken. Das Geld soll zweckgebunden für die Mitfinanzierung von AHV und IV verwendet werden.

Schon bis 2012 wurden E-Zigaretten in der Schweiz besteuert. 2011 nahmen aber beide Räte eine Motion für eine Steuerbefreiung an. Die Seite der Befürworterinnen und Befürworter führte damals ins Feld, dass E-Zigaretten helfen, mit dem Rauchen aufzuhören. Ab April 2012 wurden in der Folge keine Steuern mehr erhoben.

Kommentar: *Diese Steuer trägt zum Gesundheits- und Jugendschutz bei. Dass die Mehreinnahmen der AHV und IV zugutekommen, ist ein erfreulicher Nebeneffekt.*

Unterstützungsprogramm für die Ukraine: Der Nationalrat will zurzeit kein mit fünf Milliarden Franken dotiertes Unterstützungsprogramm für die Ukraine. Er hat eine [Motion](#) seiner Aussenpolitischen Kommission für ein Hilfspaket über fünf bis zehn Jahre abgelehnt. Das Geld sollte für humanitäre Hilfe, den Schutz der Zivilbevölkerung, Minenräumung und Friedensförderung eingesetzt werden. Der Vorstoss verlangte rechtliche Grundlagen für ein Unterstützungsprogramm.

Kommentar: *Was die Bevölkerung in der Ukraine erleben muss, ist furchtbar. Die Bilder vom Bruch des Staudamms bei Nowa Kachowka hat das gerade eben wieder vor Augen geführt. Ich verstehe nicht, dass die Schweiz nicht bereit ist, mehr zu helfen.*

MWST für Tampons: Tampons und Binden werden künftig mit dem reduzierten Satz von aktuell 2,5 Prozent für Güter des täglichen Bedarfs besteuert. Rund 11'000 Personen hatte die Steuer senkung mit einer Petition unter dem Titel "Bloody Unfair - Runter mit der Tampon-Steuer" gefordert. Auch aus dem Parlament kamen entsprechende Forderungen. Bis vor dem Entscheid unterlagen Binden und Tampons dem normalen Mehrwertsteuersatz von 7,7%.

Kommentar: *Tampons und Binden sind Güter des täglichen Bedarfs. Es ist deshalb nichts als logisch, dass für sie der reduzierte Mehrwertsteuersatz von 2,5% zur Anwendung kommt.*

Aufenthaltsbewilligung bei Sozialhilfebezug: Ausländerinnen und Ausländer, die zehn Jahre oder länger im Land leben und unverschuldet Sozialhilfe beziehen, sollen deswegen ihre Aufenthaltsbewilligung nicht mehr aufs Spiel setzen müssen. "Unverschuldet" ist der Bezug von Sozialhilfe zum Beispiel beim Verlust des Arbeitsplatzes sowie bei Unfall, Krankheit und Trennung vom Ehegatten. Ausgenommen von der verlangten Regelung soll sein, wer "mutwillig" Sozialhilfe bezieht oder keine Anstrengungen unternimmt, die Situation zu ändern. Der Ständerat hat mit seiner Zustimmung zur entsprechenden [parlamentarischen Initiative](#) den Weg frei gemacht, das Ausländer- und Integrationsgesetz entsprechend anzupassen.

Kommentar: *Welch eine gute Nachricht aus dem Ständerat. Ich freue mich sehr über diesen Entscheid!*

Stimmrechtalter 16: Der Nationalrat will 16- und 17-Jährigen das aktive Wahl- und Stimmrecht einräumen. Er hat beschlossen, die Arbeiten an diesem Projekt fortzusetzen. Seine staatspoliti-



sche Kommission muss nun eine Vorlage ausarbeiten, obwohl deren Mehrheit gegen das Stimmrechtsalter 16 ist. Das Geschäft geht zurück auf eine [parlamentarische Initiative](#), die 16- und 17-Jährigen das aktive, nicht aber das passive Stimm- und Wahlrecht geben will.

Kommentar: *Die Jugendlichen, die sich wirklich für Politik interessieren, werden das Stimmrechtsalter ab 16 Jahren nutzen. Es gibt für mich keinen Grund, interessierte junge Menschen aus der politischen Entscheidungsfindung auszuschliessen.*

Familienarbeit: Der Nationalrat will mehr Anerkennung für Familienarbeit, etwa in der Betreuung oder im Haushalt. Ihm schwebt eine Zertifizierung vor, die Teil der beruflichen Qualifikationen werden könnte. Mit 109 zu 74 Stimmen und mit 5 Enthaltungen überwies der Rat ein entsprechendes [Postulat](#). Frauen und Männer leisteten rund 6,5 Milliarden Arbeitsstunden in der Familie, argumentierte Binder-Keller. Kompetenzen, die sie sich dabei aneigneten, seien im Arbeitsmarkt gefragt und für die Wirtschaft von Bedeutung.

Kommentar: *Für Eltern, die sich einige Jahre ausschliesslich der Kinderbetreuung gewidmet haben, ist es meist schwierig, auf dem Arbeitsmarkt wieder Fuss zu fassen. Die Zertifizierung kann einen Beitrag dazu leisten, die Hürden für den Wiedereinstieg abzubauen.*

Vaterschaftsurlaub beim Tod des Kindes: Der zweiwöchige Vaterschaftsurlaub soll auch gewährt werden, wenn das Kind tot geboren wird oder bei der Geburt stirbt. Das fordert der Nationalrat. Der Bundesrat hatte dem Parlament empfohlen, [Motion](#) abzulehnen. Dieser machte in seiner ablehnenden Stellungnahme geltend, dass der Vaterschaftsurlaub primär zum Ziel habe, dass sich der Vater in die veränderte Familiensituation mit dem Neugeborenen einbringen könne. Bei einer Totgeburt könne der Arbeitgeber dem Arbeitnehmer schon heute "für besondere Anlässe" gemäss Obligationenrecht die erforderliche Zeit gewähren.

Kommentar: *Väter, deren Kind im Mutterleib oder bei der Geburt stirbt, müssen am nächsten Tag wieder zur Arbeit. Das ist unmenschlich, denn es bleibt keine Zeit für die Trauer. Ich bin froh, ist der Vorstoss im Nationalrat angenommen worden. Ich hoffe, dass der Ständerat gleich entscheidet.*

Gewalt im Alter: Der Bundesrat soll ein Impulsprogramm zur Prävention von Gewalt im Alter realisieren. Dieser Meinung ist der Nationalrat. Er hat eine entsprechende [Motion](#) angenommen. Das geforderte Impulsprogramm soll gemäss Motionstext auf die Sensibilisierung und Enttabuisierung von Gewalt im Alter, die Stärkung bisheriger Präventions-, Bildungs- und Vernetzungsangebote und den Ausbau von qualitativ guten, einfach zugänglichen Angeboten zur Betreuung älterer Menschen und zur Entlastung der betreuenden Angehörigen abzielen.

Kommentar: *Ältere Menschen, die auf Hilfe angewiesen sind, sind eine vulnerable Gruppe. Es ist wichtig, dass sie bestmöglich vor Übergriffen geschützt werden.*

Gleichstellungsvorstösse: Kürzere Arbeitszeiten, Lohngleichheit, Schutz vor sexualisierter Gewalt, Pink Tax: Das Parlament hat in einer ausserordentlichen Session am Frauenstreiktag ein Dutzend Vorstösse zur Gleichstellung diskutiert.

Aufgespürt und analysiert haben will der Nationalrat sodann die Ursachen des Lohnunterschieds zwischen Männer und Frauen, er nahm ein entsprechendes [Postulat](#) an. Bei verheirateten Paaren zum Beispiel gebe es gemäss Zahlen vom Kanton Zürich und vom Bund unterschiedliche Löhne, bei Unverheirateten dagegen nicht.

Bei der Arbeit soll niemand wegen seiner Geschlechtsidentität oder der sexuellen Orientierung benachteiligt werden, weder direkt noch indirekt. Das fordert der Nationalrat mit einer [Motion](#), die Anpassungen im Gleichstellungsgesetz verlangt. Über diese Motion muss der Ständerat noch entscheiden.

Die Forderung einer [Motion](#) nach weniger Arbeitszeit fand in beiden Räten kein Gehör. Wie es um die Pink Tax steht in der Schweiz, also um geschlechtsspezifische Preisunterschiede, muss der Bundesrat nicht analysieren. Beide Kammern lehnten das [Postulat](#) ab. Als Beispiele für betroffene



Artikel nannten die Postulantinnen Kinderspielzeug, Hygieneartikel, Kosmetika, Kleidung, Accessoires und Dienstleistungen vom Coiffeur oder von Textilreinigungen.

Kommentar: Es war wichtig, am Frauenstreiktag im Parlament eine ausserordentliche Session zu Gleichstellungsthemen durchzuführen. Schade fand ich hingegen, dass es nicht gelungen ist, parteiübertreifende Anliegen zum Frauenstreiktag zu formulieren, denn es gäbe Forderungen, die linke und bürgerliche Frauen gemeinsam vertreten könnten, davon bin ich überzeugt.

Persönlicher Vorstoss in der Sommersession:

- [23.3744](#) Situation von Kindern inhaftierter Eltern (Interpellation)